Antrag

**der Abg. Alena Fink-Trauschel und
Hans Dieter Scheerer u. a. FDP/DVP**

und

Stellungnahme

des Staatsministeriums

Außenwirtschaftsförderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. inwieweit die strategische Außenwirtschaftsförderung in der entwicklungs-
politischen Kooperation eine Priorität darstellt;
2. welche finanziellen Mittel ggf. im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit
für die Außenwirtschaftsförderung vorgesehen sind;
3. welchen Anteil diese Mittel ggf. an den für die Entwicklungszusammenarbeit
vorhergesehenen Gesamtmitteln darstellen;
4. welche Sektoren im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklungszusammen-
arbeit eine hervorgehobene Rolle spielen;
5. ob die Schaffung neuer Energiepartnerschaften in der entwicklungs-
politischen Kooperation eine Priorität darstellt und welche konkreten Energiequellen hier-
bei ggf. priorisiert werden;
6. welche Maßnahmen aktuell geplant sind, um die Einbindung von Unterneh-
men in Baden-Württemberg in die Entwicklungszusammenarbeit zu fördern;
7. inwiefern Unternehmen in Baden-Württemberg, die bislang noch nicht im
Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit aktiv sind, beim Einstieg solcher
Tätigkeiten unterstützt werden (bitte unter Angabe der verwendeten Maßnah-
men);
8. wie der Erfolg dieser Maßnahmen bewertet wird, unter Angabe der verwen-
deten Bewertungskriterien;
9. inwieweit aktuell Maßnahmen zum Abbau bürokratischer Hürden für Akteure
des privaten Sektors in der entwicklungs-
politischen Kooperation geplant sind;

Eingegangen: 17.3.2025/Ausgegeben: 15.4.2025

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeich-
net mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

10. ob eine Erweiterung der Partnerländer in der Entwicklungszusammenarbeit geplant ist und welche Kriterien bei der Wahl potenzieller neuer Partnerländer berücksichtigt werden;
 11. in welchem Ausmaß die Erweiterung der Wirtschaftsrepräsentanzen geplant ist;
 12. welche Maßnahmen zur Förderung der Vermittlung der deutschen Sprache in den Partnerländern aktuell verfolgt werden;
 13. wie der Erfolg dieser Maßnahmen beurteilt wird, unter Angabe der verwendeten Bewertungskriterien.
- II.
1. sich verstärkt dafür einzusetzen, in den Partnerländern investitionsfreundliche wirtschaftspolitische und rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen;
 2. auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, wie die Finanzierung von privaten Investitionen in Entwicklungsländern noch effektiver unterstützt werden kann;
 3. eine engere Verzahnung von Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaftsförderung auf europäischer Ebene zu fördern, insbesondere in den Bereichen Rohstoffe, Energie, Infrastruktur sowie bei der Unterstützung von Innovationen, Technologien und Start-ups;
 4. Die Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften zu fördern, die Vermittlung der deutschen Sprache sowie die Zusammenarbeit zwischen deutschen und ausländischen Hochschulen zu stärken und Migrationspartnerschaften anzustreben, die einerseits die Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften erleichtern und andererseits die Rückführung ausländischer Staatsbürger ohne Bleibeperspektive ermöglichen.

17.3.2025

Fink-Trauschel, Scheerer, Goll, Heitlinger, Haußmann,
Dr. Timm Kern, Bonath, Brauer, Hoher, Dr. Jung, Karrais FDP/DVP

Begründung

Die Förderung außenwirtschaftlicher Zusammenarbeit ist ein zentraler Bestandteil einer erfolgreichen Entwicklungskooperation, da eine gezielte außenwirtschaftliche Flankierung der Entwicklungszusammenarbeit nachhaltigen Fortschritt fördert. Mit diesem Antrag sollen daher Informationen über den aktuellen Stand und die Ausrichtung der Maßnahmen im Bereich der Entwicklungskooperation ermittelt werden.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 8. April 2025 Nr. STM53-352-5/20/2 nimmt das Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen, dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,*

I. zu berichten,

1. inwieweit die strategische Außenwirtschaftsförderung in der entwicklungspolitischen Kooperation eine Priorität darstellt;

Zu 1.:

Baden-Württemberg ist eine der exportstärksten Regionen weltweit. Baden-württembergische Unternehmen haben in Entwicklungsländern Niederlassungen oder Produktionsstätten und schaffen dort durch wirtschaftliche Aktivitäten Arbeitsplätze oder fördern durch Aus- und Fortbildung die Qualifikation der Mitarbeitenden. In den „Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg“, die von den entwicklungspolitischen Akteuren in Baden-Württemberg entworfen, im Jahr 2013 vom Ministerrat beschlossen und vom Landtag fraktionsübergreifend bekräftigt wurden, heißt es dazu: Diese spezifischen Stärken sollen „in die Entwicklungspolitik eingebracht werden. Die Landesregierung unterstützt eine stärkere Vernetzung von Wirtschaft und entwicklungspolitischen Akteurinnen und Akteuren. Die Akteurinnen und Akteure in der Wirtschaft sollen aktiver in den entwicklungspolitischen Dialog einbezogen werden“. Dabei setzt das Land insbesondere auf nachhaltige Partnerschaften. Bei Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit achtet das Land auf einen wechselseitigen Nutzen und partnerschaftlichen Ansatz.

2. welche finanziellen Mittel ggf. im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit für die Außenwirtschaftsförderung vorgesehen sind;

3. welchen Anteil diese Mittel ggf. an den für die Entwicklungszusammenarbeit vorhergesehenen Gesamtmitteln darstellen;

Zu 2. und 3.:

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 2 und 3 gemeinsam beantwortet. Die Entwicklungspolitik ist gemäß den „Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg“ eine Querschnittsaufgabe, die alle Politikfelder betrifft. Hierzu zählt beim Handlungsfeld der Wirtschaft insbesondere die Außenwirtschaft. Die Mittel zur Außenwirtschaftsförderung beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus kommen insofern der Entwicklungszusammenarbeit zugute. Die Höhe dieses Anteils wird jedoch weder ausgewiesen, noch ist er konkret bestimmbar. Die entwicklungspolitischen Mittel im Haushalt des Staatsministeriums sind dementsprechend wiederum nicht für die Außenwirtschaftsförderung, sondern vorwiegend für die entwicklungspolitische Projektarbeit der kleineren und mittleren Akteure (z. B. NGO, Kirchen, Kommunen, Hochschulen, Schulen) bestimmt.

4. welche Sektoren im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit eine hervorgehobene Rolle spielen;

Zu 4.:

Grundsätzlich richtet sich das entwicklungspolitische Engagement der Landesregierung nach den Bedürfnissen der baden-württembergischen Akteure der Entwicklungspolitik (Bottom-up-Ansatz). Insofern wird ein besonderer Fokus auf den afrikanischen Kontinent gelegt, etwa auf die seit 40 Jahren bewährte Landespartnerschaft mit Burundi. Im Dezember 2019 hat der Ministerrat deshalb das Strate-

giepapier „Afrika im Blick“ verabschiedet, welches auf einer breiten Beteiligung der Afrika-Akteure in Baden-Württemberg beruht, die vom Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg durchgeführt wurde. Mit Blick auf die hier abgefragte wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit spielen zwei sogenannte Kernmaßnahmen des Gutachtens eine hervorgehobene Rolle. Die Kernmaßnahme 6 umfasst die „Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Kooperation mit Afrika durch gezielte Dialog- und Vernetzungsmaßnahmen sowie Information und Beratung zu Förderprogrammen des Bundes“ und die Kernmaßnahme 7 die „Förderung innovativer Formate, die die wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg und Afrika in Zukunftsthemen (wie fairer Handel und nachhaltiges Wirtschaften) voranbringen und verknüpfen“ (siehe Gutachten „Afrika im Blick – Bestandsaufnahme einer vertieften Kooperation von Akteuren in Baden-Württemberg und Afrika“; https://www.arnold-bergstraesser.de/sites/default/files/2019-06-03_afrikakonzept_-_ueberarbeitete_fassung.pdf).

5. ob die Schaffung neuer Energiepartnerschaften in der entwicklungspolitischen Kooperation eine Priorität darstellt und welche konkreten Energiequellen hierbei ggf. priorisiert werden;

Zu 5.:

Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft kooperiert in der hier abgefragten entwicklungspolitischen Kooperation hauptsächlich über den Future Fund der Under2 Coalition. Es werden dort Projekte zur Treibhausgasminderung und/oder Schaffung von Grundlagen hierfür (z. B. Erstellung von Treibhausgasinventaren) gefördert.

Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft ist darüber hinaus in zwei zeitlich begrenzten Partnerschaften zusammen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) engagiert. Bei der Verwaltungspartnerschaft mit der Republik Moldau stehen der Ausbau von Energieeffizienz und die Wärmewende im Fokus, konkrete Energiequellen werden nicht priorisiert. Mit der chinesischen Partnerprovinz Jiangsu besteht eine regionale Energiekooperation im Rahmen des Deutsch-Chinesischen Klima- und Transformationsdialogs des BMWK zu Themen der Energiewende. Auch hier findet keine Priorisierung konkreter Energiequellen statt.

6. welche Maßnahmen aktuell geplant sind, um die Einbindung von Unternehmen in Baden-Württemberg in die Entwicklungszusammenarbeit zu fördern;

7. inwiefern Unternehmen in Baden-Württemberg, die bislang noch nicht im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit aktiv sind, beim Einstieg solcher Tätigkeiten unterstützt werden (bitte unter Angabe der verwendeten Maßnahmen);

8. wie der Erfolg dieser Maßnahmen bewertet wird, unter Angabe der verwendeten Bewertungskriterien;

Zu 6., 7. und 8.:

Zu den Ziffern 6, 7 und 8 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen. Unternehmen, die auch entwicklungspolitische Bezüge und Ziele mitverfolgen, können im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung bei Delegationsreisen und Gemeinschaftsständen bei Auslandsmessen teilnehmen und werden aktiv miteinbezogen.

Ferner sind die Unternehmen, wie auch die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit (SEZ), beim im zweijährigen Turnus stattfindenden Wirtschaftsgipfel Afrika des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus regelmäßig als Partner und Mitveranstalter eingebunden.

Diese Maßnahmen haben sich aus Sicht des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus bisher bewährt. Der Rat für Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg, der die relevanten entwicklungspolitischen Akteure und Netzwerke versammelt, untereinander vernetzt und die Landesregierung berät, hat diese Maßnahmen in seiner Sitzung vom 26. November 2024 ebenfalls zustimmend zur Kenntnis genommen.

9. Inwieweit aktuell Maßnahmen zum Abbau bürokratischer Hürden für Akteure des privaten Sektors in der entwicklungspolitischen Kooperation geplant sind;

Zu 9.:

Als einziges deutsches Land verfügt Baden-Württemberg mit der SEZ über eine Service- und Beratungsstelle für alle entwicklungspolitischen Akteure, insbesondere kleinere und mittlere. Die SEZ ist einerseits damit beauftragt, alle Akteure zu beraten, die mit Schwierigkeiten jeder Art zu kämpfen haben. In der Burundi-Partnerschaft beispielsweise auch durch ihr Verbindungsbüro vor Ort. Andererseits hat sie bei der Umsetzung der Bwikt!-Förderlinien den kontinuierlichen Auftrag, möglichst niederschwellig vorzugehen. So ist es in Kooperation mit dem migran-tischen Netzwerk etwa gelungenen, bestehende, zugangerschwerende Hürden für engagierte Migrantinnen und Migranten abzubauen.

10. ob eine Erweiterung der Partnerländer in der Entwicklungszusammenarbeit geplant ist und welche Kriterien bei der Wahl potenzieller neuer Partnerländer berücksichtigt werden;

Zu 10.:

Die Landesregierung orientiert sich in diesem Zusammenhang an dem bereits erwähnten Gutachten „Afrika im Blick“ (s. Antwort zu 4.): Für eine gelingende Partnerschaft ist der Dialog und Austausch auf Augenhöhe entscheidend. Konkret sind nachfolgende Kriterien bei der Wahl einer regionalen Fokussierung, beispielsweise auf ein weiteres Partnerland, zu berücksichtigen: „Substanzielles Portfolio bestehender Kooperationen mit Baden-Württemberg; Good Governance (Demokratie, Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung, Verwaltung); Synergien mit Programmen/Schwerpunktländern des Bundes; Reformorientierung und wirtschaftliche Dynamik“. Dementsprechend werden die entwicklungspolitischen Beziehungen des Landes laufend geprüft. Aktuell gibt es keine entsprechenden Planungen.

11. in welchem Ausmaß die Erweiterung der Wirtschaftsrepräsentanzen geplant ist;

Zu 11.:

Derzeit ist nicht geplant, weitere Wirtschaftsrepräsentanzen einzurichten.

12. welche Maßnahmen zur Förderung der Vermittlung der deutschen Sprache in den Partnerländern aktuell verfolgt werden;

Zu 12.:

Im Rahmen der Landespartnerschaft mit Burundi werden seit 2017 an der Universität du Burundi in Bujumbura Deutschkurse angeboten, welche über die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit mit Mitteln des Landes gefördert werden. Die Deutschkurse wurden u. a. mit dem Ziel etabliert, Kooperationen zwischen beiden Regionen zu stärken, etwa im Hochschulbereich. Im Jahr 2022 ist aufgrund der starken Nachfrage mit derselben Unterstützung ein Deutsch-Zentrum auf dem Universitätscampus entstanden. An diesem Zentrum werden u. a. Kurse der Niveaus A1 bis B2 sowie weitere Angebote für Deutschlernende angeboten. Für Lernende, die ein Stipendium für eine deutsche Hochschule in Aussicht haben, werden Intensivkurse angeboten. Das Deutschzentrum arbeitet mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Goethe-Institut zusammen. Nach dem Konzept „teach the teacher“ wird zudem ein selbstständiges Angebot zum Deutschlernen für burundische Lehrkräfte aufgebaut.

13. wie der Erfolg dieser Maßnahmen beurteilt wird, unter Angabe der verwendeten Bewertungskriterien.

Zu 13.:

Das Staatsministerium bewertet die Unterstützung des Deutsch-Zentrums positiv. Diese Einschätzung wird vom Rat für Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg geteilt. Auch die Deutsche Botschaft vor Ort begrüßt diese Entwicklung,

zumal es in Burundi kein Goethe-Institut gibt. Besonders wertvoll sind die Sprachkenntnisse für Begegnung, Verständnis und Zusammenarbeit im Rahmen der Landespartnerschaft. Das enorme und wachsende Interesse an den Deutschkursen unterstreicht den Erfolg des Angebots und das Interesse an der Landespartnerschaft.

Für das baden-württembergische Burundi-Bündnis ist das Deutsch-Zentrum wiederum ein attraktiver Partner, an das mehrere Projekte anknüpfen: So fokussieren die Stipendien zum Erwerb der deutschen Sprache am Goethe-Institut in Freiburg, die vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg gefördert werden, die Absolventen des Deutsch-Zentrums. Ferner ist in der Stadt Stockach vor wenigen Monaten ein Pilotprojekt gestartet, das an die besten Absolventen des Deutsch-Zentrums adressiert und in Baden-Württemberg eine Ausbildungsperspektive ermöglichen möchte, etwa im pflegerischen Bereich. An der Universität von Burundi, an der das Deutsch-Zentrum angesiedelt ist, knüpfen aktuell auch erste Kooperationen der Verwaltungshochschule Kehl, der Hochschule Rottenburg und der Dualen Hochschule Baden-Württemberg an. Darüber hinaus gibt es eine stärker werdende Zusammenarbeit in den ASA-Programmen der Engagement Global gGmbH (ASA-Hochschule global und ASApreneurs basis). Die burundische Diaspora in Baden-Württemberg und Deutschland spielt bei all diesen Ansätzen eine wichtige Rolle in Sachen Begleitung und Beratung aller Akteure, insbesondere auch derjenigen, die nach Baden-Württemberg kommen.

II.

1. *sich verstärkt dafür einzusetzen, in den Partnerländern investitionsfreundliche wirtschaftspolitische und rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen;*
2. *auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, wie die Finanzierung von privaten Investitionen in Entwicklungsländern noch effektiver unterstützt werden kann;*

Zu 1. und 2.:

Die Landesregierung wird sich im Rahmen ihrer Aktivitäten auf der Basis der Entwicklungspolitischen Leitlinien und gemäß des Bundesratsbeschlusses vom 18. Oktober 2024 (Drs. 448/24) weiter dafür einsetzen, insbesondere auch privatwirtschaftliches Engagement zu stärken und sich für eine bessere Verzahnung von Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung einzusetzen. Wirtschaftliche Zusammenarbeit als relevanter Bestandteil der Entwicklungspolitik und die Außenwirtschaftsförderung sollten auch im Sinne der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen stärker als bisher darauf ausgerichtet werden, privatwirtschaftliches Engagement in Entwicklungsländern zu ermöglichen.

3. *eine engere Verzahnung von Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaftsförderung auf europäischer Ebene zu fördern, insbesondere in den Bereichen Rohstoffe, Energie, Infrastruktur sowie bei der Unterstützung von Innovationen, Technologien und Start-ups;*

Zu 3.:

Die Landesregierung spricht sich für eine engere Verzahnung von Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaftsförderung auf Bundes- wie europäischer Ebene aus, sodass der bislang zu einseitige Blick der Entwicklungszusammenarbeit auf Partnerinteressen von einer mehr systematischen Berücksichtigung deutscher und europäischer Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen ergänzt oder abgelöst wird.

So sollte insbesondere verhindert werden, dass ungebundene Mittel für Entwicklungszusammenarbeit von nicht-marktlichen oder gar autokratischen Staaten ausgenutzt werden. Dazu ist es stärker als bisher notwendig, die Stärken deutscher Unternehmen bei nationalen, wie europäischen Vergaben angemessen zu berücksichtigen, z. B. durch die Bezugnahme auf die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen zu verantwortungsvollem unternehmerischem Handeln und/oder durch reziproke Ausschlüsse wettbewerbsverzerrender Anbieter aus Drittstaaten.

Zudem sollte im Sinne der Subsidiarität sichergestellt werden, dass Aktivitäten, Dienstleistungen und Produkte, die marktwirtschaftlich bereitgestellt werden können, keine Mittel für Entwicklungszusammenarbeit erhalten können. In diesem Sinne sollten zum Beispiel Akteure der Entwicklungszusammenarbeit in den Partnerländern vor Ort nicht in Konkurrenz zu Angeboten der Auslandshandelskammern treten.

4. die Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften zu fördern, die Vermittlung der deutschen Sprache sowie die Zusammenarbeit zwischen deutschen und ausländischen Hochschulen zu stärken und Migrationspartnerschaften anzustreben, die einerseits die Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften erleichtern und andererseits die Rückführung ausländischer Staatsbürger ohne Bleibeperspektive ermöglichen.

Zu 4.:

Angesichts des nach wie vor großen Fachkräftemangels stellt die Anwerbung von Fachkräften auch aus dem Ausland eine Priorität für die Landesregierung dar. So wurde beispielsweise 2024 eine Gemeinsame Absichtserklärung mit dem Indischen Bundesstaat Maharashtra zur verstärkten Kooperation bei der Fachkräftegewinnung geschlossen.

Im Bereich der hier abgefragten Entwicklungszusammenarbeit tragen neben den bereits angeführten Beispielen von Sprachvermittlung, Hochschulzusammenarbeit und migrantischem Engagement (s. Antworten zu I. 12. und I. 13.) insbesondere folgende Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung bei:

In elf von zwölf Planungsregionen Baden-Württembergs fördert das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Welcome Center, die als Kompetenzzentren für die beschäftigungsbezogene Integration von internationalen Fachkräften sowohl als Informations- und Erstanlaufstellen für Unternehmen dienen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, als auch für (potenzielle) internationale Fachkräfte zur Verfügung stehen. Für Unternehmen bieten die Welcome Center Information und Beratung zum Potenzial, zur Gewinnung und zur betrieblichen Integration von internationalen Fachkräften. Das Angebot der Welcome Center für internationale Fachkräfte umfasst Erst- und Lotsenberatung sowie Informationsvermittlung rund um Arbeiten und Leben in Baden-Württemberg auch im Rahmen gezielter, ggf. virtueller Veranstaltungen. Themen sind beispielsweise Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen, Arbeitsplatzsuche, Anerkennung beruflicher Qualifikationen, arbeitsrechtliche Bestimmungen, Deutschkurse, Wohnungssuche, Kinderbetreuung und damit Unterstützung bei der Integration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft. Der Auftrag der Welcome Center in Baden-Württemberg bezieht sich jedoch weder auf die Rekrutierung noch die konkrete Stellenvermittlung von internationalen Fachkräften. Außerdem dürfen die Welcome Center als gefördertes Projekt aus (beihilfe-)rechtlichen Gründen weder eine vertiefte Einzelberatung bzw. -begleitung noch Rechtsberatung an sich durchführen.

Zudem fördert das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg seit 2016 rund 50 sog. regionale Kümmerinnen und Kümmerer. Diese vermitteln geeignete Zugewanderte passgenau in Praktikum, Einstiegsqualifizierung und Ausbildung und begleiten sie während der ersten sechs Monate in der Ausbildung. Gleichzeitig beraten und unterstützen die Kümmerer Ausbildungsbetriebe. Für die berufliche Ausbildung hat die Zuwanderung aus Drittstaaten mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz und seiner Weiterentwicklung an Relevanz zugenommen. Die Kümmerinnen und Kümmerer unterstützen und beraten nun auch zunehmend Ausbildungsinteressierte und Betriebe im Rahmen der Anwerbung von Auszubildenden aus EU- und Drittstaaten.

Hassler

Staatssekretär